[illegible] Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. [illegible] Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

Sommer-Saccos, Joppen, Westen, grösste Auswahl, beim Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 8 u. 10.

Julius Bentler Dresden Wallstraße 15 empfiehlt in grösster Auswahl: Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- u. Landwirthschafts-Geräthe.

Moritz Hartung, Altmarkt 13 und Hauptstrasse. Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

MATTONI's GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN. Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Deutsche u. englische Cheviots, Kammgarnstoffe u. weiche Strichwaare zu Herren-Anzügen; practische feste Stoffe zu Knaben-Anzügen; Regenmäntel- u. Jacket-Stoffe. J. Unbescheid & Söhne. Tuchhandlung Einzelverkauf zu billigen, festen Preisen. Schreibergasse 21.

Altdeutsche Napf- u. Königskuchen, hervorragend im Geschmack. Haltbare Delicatesse. Fromm, König-Johannstr. Nr. 2b.

Nr. 127. Donnerstag, 7. Mai.

Spiegel: Rede des Kaisers in Düsseldorf. Hofnachrichten, Dänisches Königspaar, Provinzialstände der Oberlausitz, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lotterieliste.

Politisches.

In den sonnedurchwärmten Gauen am Rhein weilt unser Kaiser, die Huldigungen der Städte zu empfangen, die das Schwert seines großen Ahnen dem deutschen Lande erhalten. Wo einst der Tritt der römischen Legionen den geknechteten Boden stampfte, wo die mächtige Gestalt des eisernen Otto gewaltet und deutsche Bürger des Mittelalters königlichen Reichthum erwarben, dort in den vielumstrittenen Gefilden bringen rheinische Männer dem Enkel Kaiser Wilhelms des Ehrwürdigen begeisterte Huldigung. In den Rebengeländen gedeiht ein feuriger Wein, Schlachtenzorn und heiße Begeisterung weckt er seit Alters, denn mit Blut ist der Boden gedüngt, in dem seine Wurzeln ruhen. Leichtlebig sind die Männer am Rhein und leichtgeschürzt ist ihre Rede, weil das Rebenblut die Zunge löst. Behende enteilt das Wort und offenbart die geheimsten Gedanken. Wer an den Rhein zieht, wird schwer sich dem Zauber desselben entziehen.

Festspiele und Festjubel, goldene Becher als ehrende Gaben, Fahnen, Guirlanden und bunte Wimpel am Maste der Schiffe — glänzende Tage mögen in den alten Städten am Rhein heraufgezogen sein, Erinnerungen an die Zeiten des deutschen Kaisers, dem Wilhelm II. mehr als jedem Anderen von Denen gleicht, welche die Krone des Reiches trugen, an Otto III., den Sohn der Theophano, der in das Grab des großen Karl zu Aachen stieg. „Mirabilia mundi" — „Wunder der Welt" nannten ihn schwärmende Zeitgenossen, von stolzen Plänen war seine Seele erfüllt. Aber anders seit ihm wurden die Zeiten. Im Glanze kriegerischen Ruhmes wollte Otto der Nachwelt erscheinen, Kaiser Wilhelm sucht im Frieden das reiche Erbe der Hohenzollern auszubauen und gerade in der Stadt, wo die Künste des Friedens erblühen, ruft er seinen Zeitgenossen die immer freudig vernommenen Worte zu, daß er nicht nach blutigem Lorbeer ringe, daß er die Friedenspalme begehre als den köstlichsten Schmuck seines Lebens. Die Rede zu Düsseldorf trägt ihre erste Bedeutung in dieser erneuten Versicherung. Es wäre zu weit gegriffen, wollte man sie als einen Beweis dafür ansehen, daß wir ruhigen Zeiten auch fürder entgegensehen. Denn auch in der Politik gilt das Wort des französischen Landmanns: „Es kann der Beste nicht im Frieden bleiben, wenn es den bösen Nachbarn nicht gefällt." An Deutschland wird es sicherlich nicht liegen und nicht an seinem Kaiser wenn wieder zahllose Mütter die gefallenen Söhne beweinen. Die Sorge, welche sich einst, als Kaiser Friedrich frühzeitig in's Grab stieg, an die Jugend seines Erben knüpfte, daß er in den Spuren der schlachtengewaltigen Helden wandeln wolle, ist längst entschwunden. Werken des Friedens, der inneren Ausgestaltung des Reiches ist die kaiserliche Sorge gewidmet. Die Worte des Monarchen deuten die Hauptziele seiner inneren Politik an. Keine Mühe, so rief er aus, sei ihm zu groß, keine Arbeit zu mühselig, um dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer in jeder Beziehung Gerechtigkeit zu verschaffen. Das ist ein weises und edles Programm, an welchem gern und freudig alle Die mitarbeiten werden, denen eine ruhige Weiterentwickelung der gesellschaftlichen Ordnung wirklich am Herzen liegt. Mag auch der eine oder andere Versuch mißlingen, mag die Hoffnung, durch internationale Vereinbarung ein gemeinsames Vorgehen aller Länder zu ermöglichen, an der Klippe des nationalen Egoismus gescheitert sein, so bleibt doch die Hoffnung bestehen, daß Das, was der Kaiser so ernst unternimmt, zu seinem Ziele gelangt. Aus der Erwägung heraus, daß die Industrie durch stets erneute, für soziale Zwecke dargebrachte Opfer, sowie durch die ungünstigen Bedingungen des Weltmarktes gedrückt, daß sie zu heben Pflicht des Regenten sei, begründet der Kaiser den Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich. Er sprach zu Industriellen, er sprach in einem Lande, welches neben Sachsen als das Rückgrat des deutschen Gewerbefleißes gilt. Beifall folgte den Worten. Ob aber die Landwirthschaft freudig lauschte, ob die Sorge um die eigene Existenz nicht den Beifallsjubel dieser wichtigsten Klasse des Volkslebens dämpfen würde, bleibt vielleicht zu bezweifeln. Die kaiserliche Absicht ist aber auch dann zu loben, wenn sie etwa fehlgriff in ihren Mitteln. Der Kaiser hat sich allerdings auf die Mehrheitsbeschlüsse der Parlamente bezogen, welche sich für den neuen Curs erklärten, den die Initiative des Monarchen dem Reichsschiffe gab. Aber selbst Mehrheitsbeschlüsse, hervorgegangen aus Kompromissen aller Parteien, gefaßt trotz mancher Bedenken, sind trügerisch; es kann die Zeit kommen, wo ein scharfer Besen diese Beschlüsse ebenso wegkehrt, wie man jetzt über die Ansichten zur Tagesordnung übergehen will, welche eine ruhmreiche Entwickelung des Reiches in erster Linie durch die Kraft des ersten Kanzlers geschaffen glaubten.

Ansichten wechseln; auch die Lehre des Absolutismus, welche in dem vierzehnten Ludwig ihre Erfüllung fand, hat ihre Geltung verloren. Wie eine Ruine aus alten Zeiten würde es erscheinen, wenn ein Herrscher heutzutage die veralteten Anschauungen neu beleben und an die Stelle des Wortes Friedrich des Zweiten: „Ich will des Staates erster Diener sein", den Satz stellen wollte: „Ich bin König und thue, was ich will". Kaiser Wilhelm hat sich auf die Mitwirkung der Parlamente bezogen, er hat sich hiermit auf den Standpunkt des konstitutionellen Monarchismus gestellt. Kaiser Wilhelm hat auch gesagt: „Ich darf von den Wegen, die ich vor meinem Gewissen und vor meinem Gott allein zu verantworten habe, nicht abweichen" — er hat damit die festbegründete Anschauung ausgesprochen, welche in dem Amte des Herrschers eine Aufgabe erblickt, die der Schöpfer direkt demselben gegeben hat. Aber Kaiser Wilhelm hat noch ein Wort gesagt, das der amtliche Telegraph zwar verschweigt, das aber in allen anderen Berichten enthalten ist. Man mag es vertuschen wollen — es ist doch gesprochen, denn es ist psychologisch so wahrscheinlich, daß es von Niemandem erfunden sein kann. Das Wort hat gelautet: „Einer nur ist Herr im Reiche und das bin ich, keinen Anderen dulde ich." Es mag sein, daß in der Gluth des Redefeuers diese Wendung fiel; kaltes Abwägen jedes Wortes ist Sache des Greises, auch unter dem Hermelin verlangt die Jugend ihr Recht. Aber das Wort steht nicht vereinzelt. „Durch dick und dünn", so forderte einmal der Kaiser, „sollen die Brandenburger ihrem Markgrafen folgen." „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich" so lautete ein anderes Wort. „Sic volo, sic jubeo" ein drittes. Im Zusammenhange betrachtet, wird sich aus diesen Gedanken ein Bild ergeben, welches nicht mit den Thatsachen harmonirt.

Es gilt gleich, ob die citirte, an den Wortlaut des ersten Gebotes anklingende Wendung einen bestimmten Fall, eine bestimmte Persönlichkeit im Auge hat, ob sie — kurz gesagt — gegen den langjährigen Rathgeber des Kaiserlichen Großvaters gerichtet ist. Die Meinungsäußerung trägt eine allgemeine Form und in solcher muß sie befremden. An der Spitze der Reichsverfassung steht als historisches und rechtliches Dokument, daß die deutschen Fürsten einen ewigen Bund schließen, der den Namen Deutsches Reich führen soll. Der Artikel 11 erkennt dem Kaiser das Recht zu, das Präsidium dieses Bundes zu führen, das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches (nach erfolgter Zustimmung der Bundesfürsten) Krieg zu erklären, Bündnisse und Verträge zu schließen. Es enthält aber die Verfassung keinen Paragraphen, welcher den Kaiser zum Herrn der Bundesfürsten macht. Es ist nicht nur „Einer" Herr im Reiche, sondern thatsächlich dürfte das Bewußtsein des Volkes von der Stellung der Landesherren von Bayern, Württemberg und Sachsen, von Baden, Hessen, Mecklenburg und anderen Ländern ein anderes sein. Wenn in ganz Sachsen bei patriotischen Festen zugleich mit dem Kaiser dem Namen unseres angestammten Landesherrn zugejubelt wird, so prägt sich hierin eine Anschauung aus, die wir nicht verdunkelt sehen möchten!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6 Mai.

Berlin. Der Reichstag nahm das Gesetz betr. die Einführung eines Reichschuldbuches in 3. Lesung debattelos einstimmig an und setzte dann die 3. Berathung des Arbeiterschutzgesetzes fort. Entsprechend einem Antrage der Mehrheitsparteien wurde die Beschwerdefrist gegen polizeiliche Verfügungen betr. Schutzmaßregeln gegen Betriebsgefahr von zwei auf vier Wochen verlängert. Auch soll der Verband der Berufsgenossenschaft das Recht der Beschwerde haben, wenn die erlassene Verfügung den von der Berufsgenossenschaft erlassenen Vorschriften zur Verhütung von Unfällen widerspricht. Die Sozialdemokraten beantragten Streichung der Bestimmung über die Entschädigung der Arbeitgeber im Falle des Kontraktbruches der Arbeiter und zogen nach Ablehnung des Antrages ihre weiteren Anträge zurück. Die Abschnitte „Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen, der Lehrlinge und Betriebsbeamten" wurden angenommen. Beim Abschnitt „Verhältnisse der Fabrikarbeiter" entspann sich eine längere Debatte über die in den Fabrikordnungen festzusetzenden Disziplinarstrafen. Nach dem Beschluß der zweiten Lesung sollten Geldstrafen den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes nicht überschreiten. Die Mehrheitsparteien (Dr. Gutfleisch und Gen.) beantragten, dafür zu setzen: Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Thätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden. Abgg. Wöllmer (freis.) und Bebel (soz.) erblickten in dem Antrage eine Verschlechterung gegenüber der Vorlage. — Abg. Hitze (Centr.) rechtfertigte den Antrag. — Preußischer Handelsminister Freiherr v. Berlepsch sprach sich für den Antrag aus und erklärte gleichzeitig, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor Strafbestimmungen gegen Anwendung von Zwang zum Kontraktbruch sowie zur Aufreizung dazu für unerläßlich hielten. Die Erfahrungen bei dem letzten rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Streik hätten sie in ihrer Ueberzeugung nur bestärken müssen, denn hier sei der Kontraktbruch wieder Regel gewesen. Die verbündeten Regierungen erwogen, ob das Gesetz für sie nach Ablehnung des § 153 durch den Reichstag noch von Werth sei. Es fehlte nicht an Aufforderungen, das Gesetz fallen zu lassen; sie leisteten denselben keine Folge, da sie meinten, man solle nicht für nothwendig erkannte gesetzliche Bestimmungen fallen lassen, weil man nicht gleichzeitig andere ebenfalls nothwendig erkannte Bestimmungen erlangen könne. Der Reichstag aber werde später wieder vor die Frage der Einführung von Strafbestimmungen gegen Zwang zum Kontraktbruch und Aufreizung dazu gestellt werden und sich dann hoffentlich von der Nothwendigkeit einer Bestimmung, wie der des § 153 überzeugen. (Beifall.) — Abg. Singer (soz.): Die Ausführungen des Ministers seien von Polizeigeist durchtränkt. Den verbündeten Regierungen würde es aber hoffentlich auch in Zukunft nicht gelingen, einen Reichstag zu finden, dem sie einen solchen Verschärfungsparagraphen abzuringen vermöchten. Derselbe würde auch den Klassenkampf nur auf's Aeußerste verschärfen. Was die Bergarbeiterbewegung anlange, so sollen sich in dieselbe Elemente gemischt haben, die ein Interesse daran haben, durch Vereinbarung der Kohlenproduktion die Preise in die Höhe zu treiben. Von großen Kohlenspekulanten sollen große Geldmittel zur Verfügung gestellt worden sein, um den Streik zu unterstützen. Das Kompromiß sei durch den Widerspruch des Freiherrn v. Stumm veranlaßt, vor dem der Reichstag in's Mauseloch krieche. — Vicepräsident Dr. Baumbach (freis.) ruft den Redner wegen der letzteren Aeußerung zur Ordnung. — Freiherr v. Stumm (Rp.) fordert Beweise für die Behauptung, daß die Arbeitgeber den Bergarbeiter-Streik provocirt hätten, oder daß die Kohlenspekulanten, die übrigens mit den Arbeitgebern nicht identisch seien, den Streik gefördert hätten. Aber wie dem auch sei, § 153 habe weder mit den Kohlenspekulanten, noch mit den Arbeitgebern etwas zu thun. Er sei dazu da, die arbeitswilligen Arbeiter gegen Vergewaltigungen zu schützen. Die Erklärung des Ministers werde überall den besten Eindruck machen. — Abg. Dr. Hirsch (freis.) sprach gegen den Kompromißantrag. — Die Abgg. Müller (nat.-lib.) und Hitze (Centr.) rechtfertigten denselben. — Abg. Bebel (Soz.): Die Sozialdemokraten hätten von dem letzten Bergarbeiterstreik entschieden bis zum letzten Augenblick abgerathen. Wenn der Streik trotzdem zum Ausbruch kam, so liege die Wahrscheinlichkeit vor, daß hier die Unternehmer die Hand im Spiele hatten. — Handelsminister v. Berlepsch giebt zu, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion aus der Ueberzeugung heraus, daß die Organisation der Bergarbeiter noch nicht genügend entwickelt sei, um Erfolg zu versprechen, vor dem Streike warnten. Die Arbeiterführer an Ort und Stelle hätten aber vielfach eine andere Haltung beobachtet. Amtliche Anhaltspunkte dafür, daß andere Elemente die Hand beim Streik im Spiele gehabt, seien nicht vorhanden. Könnten sie gegeben werden, so würde er einem solchen Treiben energisch entgegentreten. — Abg. Auer (Soz.): Singer und er seien aus voller Ueberzeugung gegen den Streik eingetreten. Aus der Thatsache, daß der Rath nicht befolgt werde, gehe hervor, daß die Streikenden vielfach nicht Sozialdemokraten waren. Die große Mehrzahl der sächsischen Bergarbeiter sei sozialdemokratisch und deshalb gehe die Bewegung im Zwickauer Kohlenrevier ruhig vorüber. — Der Kompromißantrag wird angenommen. Zu den Bestimmungen über das Inkrafttreten des Gesetzes beantragen die Mehrheitsparteien, die Termine hinauszuschieben. In der Hauptsache soll danach das Gesetz vom 1. April 1892 in Kraft treten, da die Zeit zu den erforderlichen Vorkehrungen nicht ausreichen würde, wenn der 1. Januar festgehalten werden sollte. — Abg. Vöckmann (Centr.) beantragt ferner eine weitere Hinausschiebung der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Spinnereien. Dieser Antrag wird abgelehnt, während der Kompromißantrag angenommen wird. Damit ist die 3. Lesung des Arbeiterschutzgesetzes bis auf die Gesammtabstimmung beendet. — Freitag: Antisklavereikonvention, dann Abstimmung über das Arbeiterschutzgesetz, 3. Lesung der Zuckersteuernovelle.

Berlin. Der „Reichsanz." veröffentlicht amtlich die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Prinzen Max von Sachsen. — Auf Wunsch der Kaiserin Friedrich hat der König von Italien angeordnet, daß 15 der hervorragenden Bilder der Königl. Sammlungen zur internationalen Kunstausstellung nach Berlin abgesandt werden. — Am hiesigen Hofe ward heute der Geburtstag des Kronprinzen Friedrich Wilhelm begangen. Zu Ehren des Tages fand im Neuen Palais zu Potsdam eine Kinderfestlichkeit statt. — Die „Hamb. Nachr." sind ermächtigt, den angeblichen Brief Bismarcks an Moltke vom August 1888, der zuerst im Pariser „Temps" erschien, als Erfindung zu erklären. — Am Freitag wird mit den Vorarbeiten zur Aufstellung des Begas-Brunnens auf dem Berliner Schloßplatz begonnen. — Von einem angeblich vom schlesischen Consistorium an den evangelischen Oberkirchenrath gerichteten Antrag auf Disziplinaruntersuchung gegen Pastor Ziegler in Liegnitz ist im evangelischen Oberkirchenrath nichts bekannt. — Hervorragende Großindustrielle verschiedener Geschäftszweige erhielten ein vertrauliches Rundschreiben, das sie auffordert, ihre Wünsche hinsichtlich der Hebung unseres Exportes nach Spanien, Rumänien und Serbien kundzugeben. — Die Wahlprüfungskommission erklärte die Wahl des Dr. Hartmann (kons.) im 23. sächs. Wahlkreise für gültig.

Berlin. Der Großherzog von Luxemburg trifft morgen zur Begrüßung des Kaisers in Bonn ein. — Von einer bevorstehenden Verlobung des Erbgroßherzogs von Luxemburg mit der Erbprinzessin Margarethe von Preußen ist in hiesigen Hofkreisen nichts bekannt. — Die Schwester des Kaisers, Prinzessin von Schaumburg-Lippe, wurde vorgestern bei einer Spazierfahrt aus dem Wagen, welcher umschlug, geschleudert. Die Prinzessin blieb unverletzt. — Der Verwaltungsrath der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft beschloß gestern endgiltig den Bau einer Eisenbahn Tanga-Korogwe. — Der Dampfer Emin wurde gestern in Hamburg offiziell abgenommen und geht am 19. d. M. ab. — In diplomatischen Kreisen wird der Meldung widersprochen, Rußland habe Deutschland gegen Unterstützung des russischen Wunsches auf Aufhebung des Verbots des Verkehrs russischer Kriegsschiffe im Bosporus günstige Handelsvertragsbedingungen angeboten.

Berlin. In der fortgesetzten Berathung des Abgeordnetenhauses über den Kultusetat erklärte Kultusminister Graf Zedlitz den Vorwurf als bitter ungerecht, daß die Lehrer großer Städte die Sozialdemokratie förderten. Eine gewisse Bildung sei für das Gedeihen der Sozialdemokratie allerdings nothwendig. Aber sollte man deshalb die ganze Bildung beseitigen? Man könne nur darnach streben, die falschen Idole zu zerstören, die unserem Volke vorgespiegelt werden. Gegen die Bevorzugung sozialdemokratischer Bestrebungen werde allerdings die Regierung unnachsichtlich vorgehen.

Berlin. Die am 27. v. M. im Reichseisenbahnamt begonnenen Verhandlungen zwischen deutschen und österreichischen Kommissaren zu gemeinsamer Umarbeitung der beiderseitigen Betriebsreglements haben in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt und sind heute geschlossen worden. — In der Königl. Steinkohlengrube „Gerhardt" im Saarbrückener Bezirk wurden gestern durch eine Schlagwetterexplosion acht Arbeiter getödtet und drei schwer verwundet. — Der Centralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat für die Ende dieses und Anfang nächsten Monats zusammentretende Handwerkerkonferenz 21 Handwerksmeister, darunter 1 aus Dresden, als Deputirte vorgeschlagen. — Ueber die Rede, mit welcher Fürst Bismarck sich zur Annahme der Wahl im hannöverschen Wahlkreise erklärt, liegt heute ein zweiter Bericht vor, der in manchen Punkten von dem gestern citirten abweicht, aber als authentisch gilt. Darnach sagte Bismarck u. A., daß ihn augenblicklich auch die Aussicht auf peinliche Begegnungen mit früheren Freunden, die solche zu sein seit seinem Abgange aufgehört haben, von Berlin zurückhielt. Ferner sagte er, der Gedanke einer prinzipiellen Opposition gegen meinen Amtsnachfolger und gegen die Regierung liegt mir außerordentlich fern. Aber so fern liegt es mir auch, still zu sein gegenüber von Vorlagen, die ich für schädlich halte. Was in aller Welt soll ein Grund für mich sein, bei solcher Gelegenheit zu schweigen? Etwa der, daß ich größere Erfahrung besitze, als die meisten Anderen. Die Pflicht zu reden, welche sich gerade aus meiner Sachkenntniß ergiebt, zielt in meinem Gewissen wie mit einer Pistole auf mich. Die Herren, welche mich deshalb angreifen, haben davon keine Vorstellung. Wenn ich glaube, daß das Vaterland mit seiner Politik vor einem Sumpfe steht, der besser vermieden wird und ich kenne den Sumpf und die Anderen irren sich über die Beschaffenheit des Terrains, so ist es Verrath, wenn ich schweige. Was soll ich für andere Zwecke haben, als dem Lande zu dienen? Der ehrgeizige etwa? Das wäre doch sehr thöricht anzunehmen. Was sollte ich denn werden? Mein Avancement ist abgeschlossen.

Hamburg. Gestern fand bei der Dynamitfabrik Krümmel eine Explosion von Nitroglycerin statt, wodurch ein vorbeifahrender

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.